Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75. [illegible] Annahme von Ankündigungen [illegible] Die 1spaltige Grundzeile [illegible] 15 Pfg. [illegible] 40 Pfg. [illegible] 20 Pfg. [illegible] Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897

Das Putz- & Mode-Magazin J. M. Korschatz Hoflieferant, Stroh- & Filzhutfabrik, Altmarkt 6, gegründet 1843, bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Hugo Borack Hoflieferant Altmarkt (Ecke der Seestrasse 1). Neuheiten: Damen-Oberhemden Damen-Cravatten Damen-Unterröcke. Strümpfe und Unterzeuge. Imitirte schwedische Handschuhe.

Tuchwaaren. Grösste Auswahl in Neuheiten für Frühjahr und Sommer der renommirtesten deutschen u. englischen Fabrikate zu billigsten Preisen. Friedr. Greiff & Sohn, Georgplatz 9, part. und I. Etage.

„Invalidendank" Dresden, Seestrasse 5, I. Fernsprechstelle 1117. I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen. II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater. III. Effekten-Kontrolle unter Garantie. IV. Kollektion der Sächs. Landeslotterie.

Carl Tiedemann, Hoflieferant. Gegr. 1833. Bester Fussbodenanstrich ist Tiedemann's Bernsteinöllack mit Farbe, über Nacht trocknend, nicht klebend. Altstadt: Marienstr. 10, Amalienstr. 19. Zwickauerstr. 40. Neust.: Heinrichstr. (Stadt Görlitz).

Zur Sport-Festwoche. Grosses Lager in Neuheiten elegant garnirter Damenhüte in jedem Genre und jeder Preislage. L. Weidig, 34 Waisenhausstrasse 34.

Nr. 135. Spiegel: Freie Vereinigungen der Börse. Hofnachrichten. Preisreiten. Schlachthofanlage. Ausstellungs-Concerte. Maimeeting. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Lotterieliste. Internationale Kunstausstellung. | Muthmaßliche Witterung: Regnerisch, kühl. | Sonntag, 16. Mai.

Politisches.

Der Kampf um die Börse, der zwischen der legitimen, zur Aufrechterhaltung der Gesetze berufenen Staatsgewalt und dem irregulären Korps der Jobber nun schon seit Monaten geführt wird, ist in ein neues entscheidendes Stadium getreten durch das Vorgehen des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, der an den Vorstand des Vereins Berliner Getreide- und Produktenhändler ein Schreiben gerichtet hat, in dem der bezeichnete Vorstand Namens des preußischen Handelsministers aufgefordert wird, entsprechend den Vorschriften des Börsengesetzes für die als Börse zu erachtenden sogenannten freien Versammlungen im Feenpalaste eine Börsenordnung einzureichen. Gleichzeitig hat das Aeltestenkollegium der Berliner Kaufmannschaft die amtliche Aufforderung erhalten, Delegirte zu den mit dem Verein Berliner Getreide- und Produktenhändler einzuleitenden Verhandlungen zu entsenden, mittels deren die Herbeiführung einer Verständigung zwischen den landwirthschaftlichen und den kaufmännischen Interessenten der Produktenbörse versucht werden soll.

Der von der zuständigen preußischen Behörde gethane Schritt rechtfertigt die Erwartung Aller, die um der staatlichen Autorität willen von vornherein ein energisches Einschreiten gegen die von den Börsianern betriebene offene Auflehnung wider das Gesetz gefordert hatten. Auch an dieser Stelle war erst im März d. J. der Meinung Ausdruck gegeben worden, die Regierung dürfe der Börse keine längere Schonzeit gewähren, sondern habe die unabweisbare Pflicht, jenem Institute nachdrücklich zu zeigen, daß es unter allen Umständen die von der Gesetzgebung gezogenen Schranken respektiren und auch die freien Vereinigungen den Bestimmungen des Börsengesetzes anpassen müsse. Schneller als vorauszusehen war, — das Kompliment darf dem preußischen Handelsminister nicht vorenthalten werden — ist inzwischen die weitere Entschließung der zuständigen Stelle ergangen. Das ist um so erfreulicher, als jede längere Fortdauer des bisherigen Zustands der Ungewißheit in den Kreisen der „streikenden Getreidehändler" den Eindruck verstärken mußte, daß die Regierung im Finsteren tappe und nach einem Ausweg suche, weil nach dem Auszuge der Kinder Israel alles Licht in Berlin erloschen sei und egyptische Finsterniß die Reichshauptstadt umlagere. Dieser Irrwahn ist nunmehr gründlich zerstört worden, indem die maßgebende Stelle ihren unverrückbaren Entschluß kundgegeben hat, auch die Terminspieler wie alle anderen Sterblichen unter das unerbittliche Joch des Gesetzes zu beugen. Daß die von der jetzigen Maßregelung betroffenen Kreise überhaupt einen Augenblick an die Möglichkeit eines Erfolges ihrer Obstruktion glauben, daß sie auch nur den Versuch machen konnten, den gemeingefährlichen, ganz und gar revolutionären Grundsatz der korporativen Unbotmäßigkeit gegen ein unter genauer Beobachtung der konstitutionellen Formen erlassenes staatliches Gesetz zu proklamiren, das zeugt von einer hochgradigen Verwirrung der Begriffe über die Rechte und Pflichten der Staatsangehörigen. Mit der Wirkung dieser in die Quere gehenden Anschauungsweise muß auch bei der Beurtheilung der Haltung gerechnet werden, die jetzt in den Kreisen der Berliner Produkten- und Getreidehändler gegenüber der neuesten Verfügung der preußischen Behörde zum Ausdruck kommt.

Die leitenden Börsenorgane äußern sich nämlich ziemlich übereinstimmend dahin, daß es der Kaufmannschaft „nicht einfallen" werde, die vom Minister geforderte Börsenordnung einzureichen. Eines dieser Blätter versteigt sich sogar zu der pathetischen Versicherung, man werde es dem Handelsministerium überlassen, ob es das Oberverwaltungsgericht anrufen oder ob es die Kaufleute einfach durch den Polizeibüttel aus dem Feenpalast austreiben werde. Warum denn gar so bescheiden? Die Herren sind ja doch in der letzten Zeit so stolz geworden, daß es eigentlich geziemender gewesen wäre, das genannte Börsenblatt hätte sich mit dem Büttel gar nicht erst eingelassen, sondern mit den historischen Worten Mirabeau's erklärt, daß die streikenden Getreidehändler sich nur durch die Gewalt der Bajonette aus dem Feenpalast vertreiben lassen würden! In Wirklichkeit liegt die Sache ganz einfach: es muß auf jeden Fall Ordre parirt werden, so oder so. Um Mittel zur Erzwingung des schuldigen Gehorsams ist die Staatsregierung glücklicher Weise auch den Jobbern gegenüber nicht verlegen. Zunächst freilich ist der preußische Handelsminister offenbar von der Absicht ausgegangen, die kaufmännischen Börseninteressenten würden ein Einsehen haben und sich in das Unvermeidliche fügen. Darauf läßt der Mangel einer Strafandrohung für den Fall der Zuwiderhandlung in dem Schreiben des Oberpräsidenten schließen. Wenn aber von börsianischer Seite aus diesem Umstand zum Theil die Folgerung gezogen wird, der Minister habe dadurch dem Vorstand des Vereins Berliner Getreidehändler die Möglichkeit abschneiden wollen, gegen die Strafandrohung Rekurs an das Oberverwaltungsgericht einzulegen, so heißt das die immer noch wohlwollende Absicht des Ministers in kleinlichster Weise verkennen. Zur gerichtlichen Entscheidung muß die Angelegenheit ja doch gelangen, wenn die Produktenhändler thatsächlich in ihrer Unbotmäßigkeit beharren sollten. Ob dabei die Regierung die Initiative ergreift oder die Börse ist für die Sache selbst ganz ohne Bedeutung. Wahrscheinlich dürfte der weitere Verlauf zunächst der sein, daß der Minister im Falle der Nichtbefolgung seiner ersten Aufforderung eine zweite ergehen läßt und in dieser die jetzt fehlende Strafandrohung nachholt. Die Herren, die es angeht, haben offenbar kein Verständniß dafür, daß die dieses Mal noch unterlassene Straffestsetzung eine höchst taktvolle, aber anscheinend ganz unnöthige Rücksichtnahme des Ministers auf eine bei ihnen nicht vorhandene Empfindlichkeit im Punkte des sonst so lärmend vertheidigten kaufmännischen Ehrgefühls darstellt. Wie die schließliche gerichtliche Entscheidung ausfallen wird, darüber kann natürlich mit unfehlbarer Sicherheit heute noch Niemand ein Urtheil fällen. Das Eine aber sollten sich doch auch die Berliner Produktenhändler klar machen, daß die preußische Regierung einen derartigen Feldzug nicht unternommen hat, ohne sich im Voraus der wesentlichsten Chancen des Gelingens zu versichern. Ja, selbst wenn das Unerwartete Ereigniß werden und die Anwendbarkeit des Börsengesetzes auf die freien Vereinigungen verneint werden sollte, so wären die Terminspekulanten deshalb doch nicht weicher gebettet. Die Regierung müßte auch dann ohne Zaudern auf dem bisherigen Wege fortschreiten und dem Reichstage alsbald einen Zusatzartikel zum Börsengesetz unterbreiten, in dem der Begriff „Börse" eine entsprechende Erweiterung erführe.

Der selige Terminhandel ist und bleibt mausetodt: damit müssen seine bisherigen Kostgänger im ganzen Deutschen Reiche sich abfinden, und es ist zehn gegen eins zu wetten, daß sie sich insgesammt fügen werden, sobald erst einmal ihre Berliner Kollegen, die der ganzen Bewegung den Lebensodem einhauchen, zur Raison gebracht worden sind. Eine direkte Fälschung der Thatsachen ist es, wenn die Interessenten des Terminspiels jetzt die Behauptung in's Gefecht führen, die Wiederbelebung der Spekulation sei gar nicht die treibende Ursache des entbrannten Kampfes; diese beruhe vielmehr auf der behördlichen Entsendung von Agrariern in den Börsenvorstand; einer Maßregel, zu der der Minister gesetzlich zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet sei. Der Minister brauche daher nur eine von dem Vorstande des Berliner Vereins der Getreidehändler einzureichende Börsenordnung zu genehmigen, in der der Landwirthschaft keine Vertretung im Vorstand der Börse zugebilligt werde, und der Krieg sei sofort beendet. Das heißt mit anderen Worten, die Herren wären dann wieder hübsch unter sich, es paßte ihnen Niemand auf die Finger und die Fixerei könnte in gesetzlicher Form auf's Neue losgehen. Durch diese Hinterthür kommen die Jobber nicht durch. Das neue Börsengesetz hat zwei klar umgrenzte Zwecke, die beide einander ergänzen und ineinander übergehen: einmal die vollständige Beseitigung des Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten und zum anderen die Erzielung einer den wirklichen Verhältnissen des Marktes entsprechenden Preisnotirung. Beide Zwecke können nur dann in ihrer der Absicht der Gesetzgebung entsprechenden Durchführung gewährleistet werden, wenn Mitglieder aller Interessentengruppen, die in der Produktenbörse zusammentreffen, nach ihrer wirthschaftlichen Bedeutung im Einzelnen in dem Vorstande vertreten sind. Leider sind die Obstruktion treibenden Produktenhändler in der Lage, aus Rache für die unnachsichtige Durchführung des ersten Zwecks des Gesetzes den zweiten, der ein freiwilliges Zusammenarbeiten aller betheiligten Elemente voraussetzt, bis zu einem gewissen Grade zu durchkreuzen. Sie haben von dieser Macht bereits Gebrauch gemacht, dabei aber auch die Erfahrung gesammelt, daß ihr eigener Weizen auf solchem Boden nicht gedeihen kann. Sollten sie also fortfahren, wie sie angefangen haben, so werden sie jedenfalls keine goldene Aehrenlese halten, und das dürfte die Herren am Ende doch wohl gefügig machen, zu den Fleischtöpfen Egyptens zurückzukehren. Wenn die Börse aber denkt, sie könnte die Landwirthschaft durch Verweigerung der Mitwirkung an der Preisnotirung aushungern, um ihr so die Zustimmung zur Wiedereinführung des Terminhandels abzupressen, so ist das ein grundstürzender error in calculo. Was die große moderne Bewegung zum Schutze der ehrlichen Arbeit gegen das Ausbeuterthum einmal erreicht hat, das hält sie fest mit Riesenkraft, vor der die kleinlichen Praktiken ihrer Gegner früher oder später mit Sicherheit zu Schanden werden müssen.

Der Redaktion unseres Blattes ging folgender Aufruf mit der Bitte um Abdruck zu:

Deutsche Männer!

Soll es bei dem Beschlusse des Reichstags in Betreff unserer Marine bleiben?

Diese Frage wurde ohne Zögern von Tausenden aus den verschiedensten Klassen des deutschen Volkes mit einem lauten „Nein!" bereits an dem Tage beantwortet, an welchem der Reichstag die so unbedingt nothwendige Vergrößerung unserer Kriegsflotte abwies. Der Sturm der Entrüstung, der damals das deutsche Volk in allen Kreisen erfaßte, hat sich nicht gelegt: zahlreiche Kundgebungen beweisen dies bis in die jüngste Zeit, besonders als von Sr. Majestät dem Kaiser an den Prinzen Heinrich der Befehl erging, das Deutsche Reich bei dem Jubiläum der Königin von England zu vertreten, hierbei aber unser Kaiser sich außer Stande erklären mußte, seinem erlauchten Bruder ein der deutschen Kriegsmarine würdiges Schiff zur Verfügung zu stellen. Weil das Volksbewußtsein immer mehr erwacht und die Einsicht, daß es nationale Pflicht ist, auf Mittel zur Verstärkung unserer Wehrkraft zur See bedacht zu sein, alle Schichten der Bevölkerung immer stärker und tiefer ergreift, so rührt und regt es sich gottlob in deutschen Landen: man ist sich klar, daß etwas geschehen muß. Oder soll der „Spectator"-Artikel, der uns unsere Ohnmacht in einem Seekriege mit rücksichtsloser, aber unwiderleglicher Wahrheit vor Augen führte, recht behalten? Was würden die Engländer gethan haben, wenn ihre Volksvertretung eine von der Regierung als unerläßlich bezeichnete nationale Forderung abzulehnen gewagt hätte? Sie hätten sich erhoben wie ein Mann, und das Volk hätte sich geholfen ohne Parlament! Können wir das nicht auch? Und zwingt uns nicht dazu das Beispiel unserer Nachbarn? Diese Erwägungen haben in Sachsen, unserem engeren Vaterland, das mit seiner blühenden Industrie an der einzig richtigen Lösung dieser Frage am meisten interessirt ist, den Gedanken geweckt, die vom Reichstage versagten Mittel für einen neuen Kreuzer oder doch einen ansehnlichen Grundstock dazu aus freiwilligen Gaben aller Kreise des sächsischen Volkes aufzubringen, aber auch von jedem andern Deutschen einen Beitrag mit Dank anzunehmen. Mit Recht giebt man sich dabei der festen Hoffnung hin, daß die Gaben zu diesem nothwendigen, die Kraft des Deutschen Reiches fördernden Unternehmen nicht spärlicher zusammenfließen werden als einst bei der Wilhelm-Spende. Wie sich damals ein Kreis vaterländisch gesinnter Männer zusammenfand, um Kaiser Wilhelm I. eine Gabe des Volkes zu nationalen Zwecken darzubringen, so haben sich auch jetzt sächsische Patrioten mit echt deutschem Herzen dazu vereinigt, unserm Kaiser durch eine solche Sammlung Mittel für die Stärkung unserer Marine zur Verfügung zu stellen. Möge der Deutsche bei dieser Gelegenheit der Welt beweisen, daß ihm für des Vaterlandes Wohl und Sicherheit nichts zu schwer ist und daß des Volkes Stimme auch dann durchdringt, wenn seine offizielle Vertretung sich weigert, nationale Interessen zu fördern! An alle Deutschen, zuerst aber an unsere Landsleute in Sachsen, an alle Körperschaften, namentlich an die Vertreter unserer Großindustrie und unseres Großhandels, deren Interessen doch in erster Linie bei dem großen überseeischen Export und Import in Frage kommen, und welche diesen Plan billigen, ergeht die dringende Bitte, ihre Ansicht oder womöglich ihre Zustimmung hierüber zu äußern, und zur weiteren Vermittelung uns zugehen zu lassen. Hat das Volk dieses Unternehmen gutgeheißen und ihm einen Erfolg gesichert, so wird die Presse darüber berichten, und die Sammlung soll nach eingeholter behördlicher Genehmigung unverzüglich in's Werk gesetzt werden.

Die Redaktion der „Dresdner Nachrichten" ist erbötig, die Uebermittelung jener Aeußerungen an die vorläufig zuständige Stelle zu übernehmen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 15. Mai.

* Riga. Bei dem Eisenbahnunglück auf der Strecke Dorpat-Walk wurden 42 Mann getödtet, 70 schwer und 33 leicht verwundet.

Berlin. Dem Abgeordnetenhause ist eine Vorlage wegen Verstaatlichung der Aachen-Mastrichter Eisenbahn zugegangen. Bei Berathung der Staatshaushaltsübersicht für 1895/96 regte Abg. Rickert (freis. Ver.) die Beseitigung der Beamtenkautionen an; unsere großen Banken hätten schon längst darauf verzichtet, sich von ihren Beamten Kaution stellen zu lassen. Minister v. Miquel erwiderte, die Sache sei gewiß einer eingehenden Erörterung werth, aber im Staatsinteresse werde man nicht so weit gehen können, die Kautionen ganz zu beseitigen. — Die Vorlage wegen des Umbaues des Berliner Charitée-Krankenhauses und der Verlegung des Berliner botanischen Gartens nach Dahlem wurde einstimmig angenommen, nachdem sich die Berliner Abgeordneten wieder darüber beschwert hatten, daß das Terrain des jetzigen botanischen Gartens bebaut werden solle. Minister v. Miquel erwiderte, man würde ihn hier als Finanzminister wohl sonderbar ansehen, wenn er einer so leistungsfähigen Gemeinde wie Berlin ein so werthvolles Terrain schenkungsweise überlassen würde. Der freisinnige Abg. Schultz drohte, Berlin werde eventuell seine Rechte auf Grund der bekannten Baumaske geltend machen, um die Bebauung zu verhindern. Schließlich wurde auch die Nachtragsforderung für den Dortmund-Ems-Kanal in Höhe von 14¾ Mill. Mark angenommen. Abg. Graf Kanitz (kons.) forderte, daß der Gebührentarif für die Benutzung des Kanals so bemessen werde, daß derselbe eine angemessene Verzinsung und Amortisation der Kosten verbürge. Minister Thielen erwiderte, von einem Verkehr auf dem Kanal könne für die Zukunft nur dann die Rede sein, wenn hohe Kanalabgaben von einer Verfrachtung nicht abschreckten. Rentabel würde der Kanal erst sein, wenn die Verbindung mit dem Rhein hergestellt sei. — Am Montag steht die Novelle zum Vereinsgesetz zur ersten Lesung.

Berlin. Der Vorstand des Vereins Berliner Getreidehändler hat heute beschlossen, an den Oberpräsidenten von Achenbach auf dessen Schreiben zu erwidern, daß der Verein auf seinem Standpunkte beharre, daß er keine Börse bilde; ferner wurde beschlossen, sofort das Oberverwaltungsgericht gegen die Aufforderung des Oberpräsidenten anzurufen. — Die nationalliberale Fraktion hat beschlossen, sich als solche an der Unterstützung des Antrags auf Erlaß eines Vereinsnothgesetzes zu betheiligen.

Berlin. In der „Flora" zu Charlottenburg hat der Schlächter Paul Eichler den Engros-Schlächter Edwin Schultz erschossen. Sie wollten ein Glas Bier ausschieben, es wurde ein Revolver herbeigebracht, von welchem Eichler annahm, daß er nicht geladen sei. Er legte auf Schultz an, der Schuß ging los und traf Schultz in die Lunge. Der Thäter hat sich der Staatsanwaltschaft selbst gestellt.

Köln. Der Kaiser und die Kaiserin werden am 18. Juli der Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmals beiwohnen und dann wahrscheinlich einige Tage im Residenzschloß zu Brühl verweilen.

Köln. Die „Köln. Ztg." warnt davor, daß man die Geschäfte der Intriguanten dadurch besorge, daß man in Kampfstellung gegen die Regierung einzuschwenken suche, auf deren Sturz das Junkerthum hinarbeite. Der Ansturm gewisser Politiker richte sich gegen die befähigtsten und beliebtesten Mitglieder der Regierung, die, wenn sie auch in einer einzelnen Frage aus taktischen Gründen nachgeben, in der Hauptsache doch als wichtige Schutzwehr gegen unliebsame Ueberraschungen zu betrachten sind. Jedenfalls müsse der Kampf entschieden, aber mit scharfer Begrenzung auf die Sache geführt werden.

Wiesbaden. Der Kaiser und die Kaiserin sind heute Mittag hier eingetroffen. Die Stadt ist festlich geschmückt, die in den Straßen angesammelte Menge brachte dem Kaiserpaare enthusiastische Ovationen dar. Später begab sich das Kaiserpaar nach dem Theater, um der Probe zum „Burggrafen" von Lauff beizuwohnen. Morgen treffen der Großherzog und die Großherzogin von Hessen zum Besuche des Kaiserpaares hier ein.

Erfurt. In dem Geschäftsgebäude der „Thuringia" richtete eine Gasexplosion furchtbare Verwüstungen an und verursachte einen Brand. Der Portier und 2 Dienstmädchen sind schwer verwundet. Die Explosion entstand durch Entzündung einer großen Gasmenge, die aus einem geöffneten Gashahn in das Badezimmer gedrungen war und bei dem Umherleuchten mit dem Streichholz entflammt.

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die beste für Wäsche und Haushalt